

Mai zeitung 2020

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit

Diesmal im September



Foto: Volker Dziemballa

Die Lehre aus Corona: Wir brauchen eine solidarische Gesellschaft!

Corona und der Lockdown trafen und treffen alle Menschen. Doch nicht alle Menschen sind gleich gefährdet. Die einen haben bessere Voraussetzungen mit Virus und Krankheit umzugehen, andere geraten in massive Notlagen. Familien, die über Haus, Garten und PC verfügen, sind besser dran als etwa Alleinerziehende mit zwei Kindern in einer Dreizimmer-Wohnung ohne Balkon. Pensionäre und Festangestellte etwa kommen besser durch die Corona-Krise als prekär Beschäftigte, kleine Selbstständige oder Leiharbeiter. Kinder Wohlhabender leiden unter Schulschließungen weniger als Kinder von Eltern mit niedrigem Einkommen. Corona verschärft die sozialen Schieflagen massiv, sie werden sichtbarer und treten verstärkt in das öffentliche Bewusstsein.

Corona und die Folgen

Zunächst rückten die Menschen näher zusammen. Gegenseitige Hilfe beim Einkaufen, Rücksichtnahme in der Öffentlichkeit, Wertschätzung gegenüber Beschäftigten in Krankenhäusern, Altenheimen, Einzelhandel, den „Helden“ des Alltags. Das Zusammenrücken und die Alltagssolidarität ließen die Hoffnung aufkommen, dass die Welt nach Corona eine bessere sein

würdigkeit vergangener „Reformen“, Privatisierungen und die Einführung von Fallpauschalen, wurde offensichtlich. Gesundheit darf kein Geschäft sein, Gesundheit ist keine Ware. Das Gesundheitswesen muss Kapazitäten für Notfälle bereithalten. Das kostet, das ist nicht effizient, muss aber sein. Das geht nur in öffentlicher Verantwortung. Die Schließung der Schulen verschärfte die sozialen Disparitäten im Bildungswesen. Die Betreuung so-

Wie weiter – mit und nach Corona?

Der Lockdown weiter Teile des öffentlichen Lebens traf und trifft viele Menschen hart. Bisher kaum vorstellbare Einschränkungen der bürgerlichen Freiheitsrechte, Kurzarbeit, Kontaktverbote, Betriebs- und Geschäftsschließungen bilden eine tiefe Zäsur in unserem Leben. Die sich bereits abzeichnende Abschwächung der Wirtschaft entwickelt sich zur tiefsten Krise nach dem II. Weltkrieg. Die Bundesregierung sah sich gezwungen, im Kampf gegen Corona das „größte Hilfspaket in der Geschichte Deutschlands“ aufzulegen. In der Summe aller Maßnahmen ist von bis zu 2 Billionen Euro die Rede. Vordergründig erfolgt eine Abkehr von der Politik der Schuldenbremse und der schwarzen Null. Plötzlich scheinen die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum des politischen Handelns zu stehen und die Wirtschaftszeitung Handelsblatt verkündet „das Ende der neoliberalen Weltordnung“.

Doch hier ist Vorsicht angebracht. Im Schatten der Coronakrise beschloss der Bundestag den Braunkohlekonzerne den Ausstieg aus der Kohleverstromung mit Milliarden Euro zu kompensieren. Der Ausstieg selbst soll - viel zu spät - erst 2038 abgeschlossen sein. Auch die Corona-Milliarden gehen zu erheblichen Teilen an große Konzerne. So erhält die Lufthansa 9 Milliarden Euro. Der Staat zahlt und verzichtet auf steuernde Einflussnahme. Das ist ein Skandal. Weder ökologische Vorgaben noch der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen wurden festgeschrieben. Auch in der Coronakrise gilt: Gewinne werden privatisiert, Verluste verstaatlicht. Aus Wirtschaftskreisen werden die

Fortsetzung auf Seite 2



könnte. Der Lockdown führte zu einem drastischen Rückgang vor allem des Flug- und Autoverkehrs, die spürbare Verbesserung der Luft, die Reduzierung von Lärm und CO₂ Ausstoß legten ein Nachdenken über mehr Umwelt- und Klimaschutz nahe. Könnte das entschlossene Handeln gegen Covid 19 nicht auch beispielhaft sein für eine entschiedene Politik des Umwelt- und Klimaschutzes?

Das Gesundheitswesen war zunächst massiv überfordert, fehlende Masken, fehlende Schutzanzüge, fehlende Intensivbetten. Die Frag-

zial benachteiligter Schüler*innen war nur bedingt möglich, sie wurden noch mehr als bisher abgehängt, der Lehrer*innenmangel wirkte sich durch die Bildung kleiner Lerngruppen und Homeschooling noch dramatischer aus. Auf Notprogramme waren und sind die Schulen nicht vorbereitet. Familien mit geringem Einkommen trifft auch die Schließung von Kitas besonders hart, vor allem dann, wenn beide Eltern arbeiten müssen. Homeoffice und Kinderbetreuung, das passt in einer kleinen Wohnung nicht zusammen.

Eine Maizeitung im September?

Seit über zwanzig Jahren erscheint regelmäßig vor dem ersten Mai die Maizeitung des Rüsselsheimer Aktionsbündnisses für soziale Gerechtigkeit. Der erste Mai stand in diesem Jahr im Zeichen der Corona Pandemie. Die traditionellen Kundgebungen waren abgesagt, die Schulen geschlossen und viele Kolleg*innen im Homeoffice. Wie hätten wir die Zeitung verteilen sollen? Außerdem waren viele der geplanten Beiträge über Nacht nicht mehr aktuell. Deshalb beschlossen wir im April, die Zeitung nach den Sommerferien herauszugeben. Wir, das ist das Bündnis für soziale Gerechtigkeit in Rüsselsheim. Es besteht in unterschiedlicher Zusammensetzung seit Mitte der 1990er Jahre und versteht sich als einen offenen Zusammenschluss von Akteur*innen aus Gewerkschaften, kirchlichen Einrichtungen, Institutionen, Vereinen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam für eine soziale, gerechte Gesellschaft gegen Armut und Ausgrenzung in der Stadt Rüsselsheim und in der Region einsetzen. Erst recht in der Coronakrise verlangen die gesellschaftlichen Herausforderungen und sozialen Schieflagen nach unterschiedlichen Formen der kritischen Auseinandersetzung und Aktionen. Antidemokratische Bestrebungen und menschenverachtendes Gedankengut haben in unserem Bündnis keinen Platz.

Das Bündnis für soziale Gerechtigkeit wird derzeit getragen von:

Attac Regionalgruppe Rüsselsheim
Deutscher Kinderschutzbund OV Rüsselsheim
DGB Ortsverband Rüsselsheim
Evang. Dekanat Groß-Gerau-Rüsselsheim / Gesellschaftliche Verantwortung
GEW Kreisverband Groß-Gerau
Katholische Arbeitnehmerbewegung Rüsselsheim
Katholische Arbeitnehmer*innen und Betriebsseelsorge Südhessen
ver.di Vertrauensleutestadt Rüsselsheim

Das Bündnis ist offen für weitere Akteur*innen und ermutigt weitere Personen und Organisationen aus Kirche, Politik und Zivilgesellschaft, sich zu beteiligen.

Kontakt / Ansprechpartner:

Michaela Stasche (ver.di) 06142/ 832333
Bernd Heyl (GEW) 06152/1877471
Hans-Peter Greiner (KAB) 06142/46798
Ingrid Reidt (Kath. Betriebsseelsorge) 06142/64104

Treffpunkt / Postadresse: Haus der Kath. Betriebsseelsorge Weisenauer Straße 31, 65428 Rüsselsheim

Es braucht mehr als Applaus!

ver.di

Tarifrunde im Öffentlichen Dienst beginnt

Ver.di hat die Entgelttabellen des öffentlichen Dienstes zum 31. August 2020 gekündigt – betroffen sind die Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen, Auszubildende und Praktikant*innen, aber auch soziale Einrichtungen wie Altenpflege und Krankenhäuser, die den TVöD anwenden.

Wir fordern

- Erhöhung der Gehälter um 4,8 %, mindestens 150 Euro
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 Euro
- Verlängerung der Altersteilzeitregelung
- Übernahmeregulierung für Auszubildende
- Entlastung durch freie Tage
- Besondere Verbesserung für den Pflegebereich

Mehr auf Seite 2

Es braucht mehr als Applaus

Arbeitskampf während weltweit eine Pandemie tobt und Beschäftigte anderer Branchen von Kurzarbeit oder auch von Arbeitslosigkeit betroffen sind? Ja, der Öffentliche Dienst geht in die Tarifrunde. Es gibt keinen Grund auf unsere Rechte zu verzichten – die Arbeitgeber verzichten auch nicht auf ihre Rechte, im Gegenteil: Die Arbeitgeber nutzen die Pandemie, um die abhängig Beschäftigten um ihre Rechte zu bringen oder zumindest zeitweise auf sie zu verzichten. Aufgabe von Gewerkschaften ist es, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern. Eine Kernaufgabe ist dabei die Tarifarbeit und das packen wir jetzt an!

Unverzichtbar – und unterbezahlt

Zum Schutz des Gemeinwesens und der Menschen mussten die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst aufgrund der Pandemie unter extremem Zeitdruck Arbeitsabläufe ändern. Neue und zusätzliche Aufgaben kamen in vielen Bereichen hinzu. Die Kolleg*innen in den Gesundheitsämtern, im Pflegebereich, im sozialen und pädagogischen Bereich, in den Ordnungsämtern, in der Verwaltung und bei der Müllabfuhr haben enormes geleistet und

tun das weiterhin, um die Daseinsvorsorge zu sichern. Gleichzeitig wurden aber auch die Defizite in Folge von Personalabbau und den Privatisierungen der zurückliegenden Jahre deutlich. So ist in den bundesweit ca. 400 Gesundheitsämtern in den letzten Jahren die Anzahl der Ärzt*innen um ein Drittel zurückgegangen. Dies könnte auch daran liegen, dass Ärzt*innen in Gesundheitsämtern noch weniger als in Krankenhäusern verdienen. Im Pflegebereich kämpfen die Kolleg*innen seit Jahren gegen Personalmangel. Die Pandemie hat ihre Arbeitsbedingungen noch weiter verschärft. Die Kindertagesstätten öffneten nach den Sommerferien wieder für alle Kinder – und das bei nach wie vor unbesetzten Stellen und bei zusätzlich fehlendem Personal durch die Zugehörigkeit zu den Risikogruppen. In den Jugendämtern herrschte Alarmstimmung aufgrund fehlender Kontakte zu sozialen Einrichtungen sowie zu Kindern und Familien in Krisensituationen. Die Auswirkungen werden die Kolleg*innen noch lange Zeit begleiten. Der Mangel an Nachwuchs verschärft die miserablen Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen und in der Kinderbetreuung. Dabei hat eine Befragung des Sinus-

Instituts bei 14- bis 20-Jährigen ergeben, dass beide Berufsfelder als anspruchsvoll und abwechslungsreich betrachtet werden. 24 Prozent könnten sich vorstellen in der Kinderbetreuung zu arbeiten, 21 Prozent im Pflegebereich. Allerdings bewerten die Jugendlichen das zu geringe Gehalt und schlechte Arbeitsbedingungen als abschreckend.

Nicht nur in Krisenzeiten

In Krisenzeiten wird zu Recht nach dem Staat gerufen – nach wem auch sonst? Öffentliche Dienstleistungen sichern Lebensqualität und ermöglichen Chancengleichheit, Bildung, Mobilität, kulturelle und persönliche Entwicklung, gleichen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Aber auch im „Alltag“ muss der Öffentliche Dienst funktionieren und dazu braucht es Beschäftigte mit guten Arbeitsbedingungen und guten Gehältern.

Applaus verhallt – nun muss sich die Wertschätzung in Geld auszahlen!

Die Ver.di-Vertrauensleute der Stadt Rüsselsheim



Foto: ver.di

Fortsetzung von Seite 1

Stimmen lauter, die eine rasche Rückkehr zur Sparpolitik und zum Abbau sozialer Standards fordern. Viele Unternehmen, so etwa Segula, nutzen die Coronakrise zu weiterem Personalabbau. Soll Corona aber zur Zeitenwende mit der Perspektive auf ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und einer Politik des Friedens werden, dann geschieht das nur, wenn maßgebliche gesellschaftliche Akteure, soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und andere sich dafür stark machen.

Perspektiven:

Das Rüsselsheimer Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit steht für eine solidarische Gesellschaft, für eine konsequente und dauerhafte Abkehr von der Politik des „Der Markt regelt alles“. Wir brauchen eine Gesellschaft, die Solidarität und das Wohl aller deutlich höher bewertet als Wettbewerb. Das bedeutet auch, dass die Kosten der

Krise vor allem von den Vermögenden zu tragen sind. Es ist aber auch geboten, dem symbolischen Beifall für die Alltagshelden konkrete materielle Verbesserungen folgen zu lassen:

- eine Aufwertung durch bessere Bezahlung im Gesundheitswesen, bei der Altenpflege und der Bildung,
- ein Kurzarbeitergeld zwischen 80 und 90 % vom Nettolohn als Dauerregelung,
- einen armutsfesten Mindestlohn von 13,00 Euro die Stunde,
- eine bedarfsgerechte sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV und eine angemessene finanzielle Unterstützung für Soloselbstständige, Kulturschaffende, Studierende und Berufseinsteiger*innen.

Eine solidarische Gesellschaft ist auch eine Gesellschaft gegenseitiger Rücksichtnahme. Nicht nur in Zeiten von Corona gilt, dass wir gegenseitig Rücksicht nehmen und alles daran setzen, niemanden gesundheitlich zu gefährden.

Immer prekärer statt fairer...

Alarmierende Arbeitsbedingungen im Einzelhandel in Coronazeiten

Vor drei Monaten wurden sie noch beklatscht oder zumindest erstmals wirklich wahrgenommen: Die Beschäftigten im Lebensmitteleinzelhandel. Sie waren über Nacht – neben den Beschäftigten in der Pflege – die „Held*innen des Alltags“. Doch weder von besungener Euphorie noch von Systemrelevanz ist heute noch etwas zu spüren. Im Gegenteil. In den Supermärkten geht es zu wie eh und je – manchmal so, als gäbe es das Virus nicht. Das Personal wird bestenfalls zur Kenntnis genommen. Von Respekt gegenüber denen, die durchgängig mit Mundschutz ihre Arbeit tun und auch bei großer Hitze ohne Klimavorrichtung die Lebensmittelversorgung zu Coronazeiten ermöglichen, ist wenig zu spüren. Immer wieder gibt es Gedränge oder Missachtung der Mindestabstände. Bei Verweisen auf den Mundschutz gibt es immer wieder laute Diskussion, als stünde die Freiheit des Kunden über dem Schutz der Beschäftigten. Niemand sieht: Sie stehen dauerhaft im regen Menschenkontakt und sind der Ansteckungsgefahr besonders ausgesetzt. Die Aggression mancher Kund*innen gegenüber den Beschäftigten wächst. Anmache an der Kasse kommt immer häufiger vor. Nicht immer, aber umso notwendiger wird die Einhaltung der wichtigen Hygienevorschriften in Supermärkten und Warenhäusern von Sicherheitskräften übernommen.

Physische und psychische Belastung

Weniger sichtbar, aber nicht weniger prekär ist die Situation in Stores und Filialen der großen Modeketten. Bei H&M, Primark, Zara und Co. kämpfen Betriebsrät*innen um die Einhaltung von Sicherheitsvorkehrungen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten. In den engen oft schlecht belüfteten Läden braucht es strenge Regeln, um die Beschäftigten zu schützen. Doch der Verkauf und der Umsatz stehen

an oberster Stelle, egal ob an und in den Umkleiden die Hygieneregeln beherzigt werden oder wirklich kontrolliert werden können. Es wird immenser Druck ausgeübt auf die Mitbestimmung, auf die Kolleginnen, die wegen Ausfall ihrer Kinderbetreuung andere Schichtmodelle benötigen. Die physische und psychische Belastung der Kolleg*innen ist nicht hinzunehmen. Das Betriebsverfassungsgesetz wird mit Füßen getreten. Statt „Applaus für Alltagshelden“ braucht es die Einhaltung und Ahndung von Gesetzen, die den Schutz der Beschäftigten sichern.

Humane Arbeitsbedingungen

Interessant ist ohnehin dabei: Die Beschäftigten selbst wollten nie Heldinnen und Helden sein, sondern einzig den mehr als berechtigten Anspruch – auch außerhalb von Coronazeiten – verfolgen, respektvoll, existenzsichernd und unter Wahrung ihrer Arbeitnehmer*innenrechte ihrer Erwerbsarbeit nachgehen zu können. Denn – nur zur Erinnerung – schon weit vor Corona kämpften Beschäftigte des Einzelhandels hart um humane, existenzsichernde Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung. Die Folgen des unerbittlichen Preis- und Wettbewerbsdrucks in der Branche wurden und werden – im wahrsten Sinn des Wortes – billigend in Kauf genommen. Corona verdeutlicht wie der Blick durch ein Brennglas die eklatante Entwertung von Beschäftigung und Mitbestimmung im Einzelhandel. Jetzt gilt es noch genauer hinzuschauen und endlich der Missachtung von Arbeitnehmer*innenrechten und der systematischen Prekarisierung in der Branche ein Ende zu setzen.

Ingrid Reidt,
Betriebsseelsorge
Südhesen



Rechnung ohne die Menschen gemacht!? Systemrelevante Arbeit braucht Reform im System

Die medizinisch-pflegerische Versorgung alter und kranker Menschen ist ein unverzichtbarer Dienst an Mensch und Gesellschaft. Sie hat nicht erst seit Corona absolute Wertschätzung verdient. Doch die Rahmenbedingungen für diese anspruchsvolle Arbeit verschärfen sich unentwegt: Zeit- und Kostendruck, physischer und psychischer Verschleiß der Beschäftigten, akuter Fachkräftemangel in der ganzen Branche, Krankenhäuser, die selbst ums Überleben kämpfen“. Es ist ein Teufelskreis, der auch gut geleistete Arbeit und vor allem das persönliche Engagement der Beschäftigten in den Schatten stellt.

Die versierte und systemkritische Medizinsoziologin Dr. Nadja Rakowitz, Medizinsoziologin und Geschäftsführerin des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Maintal, beschäftigt sich seit Jahren mit den grundlegenden Problemen und Fehlanreizen des gegenwärtigen deutschen Gesundheitssystems. Sie wird aktuell die gegenwärtig verschärft spürbaren Auswirkungen beleuchten, aber auch über die längst überfälligen politischen Notwendigkeiten sowie Visionen für eine nachhaltige Pflege in der Zukunft benennen.

„Corona trifft auf Markt und Konkurrenz im Gesundheitswesen“

Die Ausbreitung von Covid19 verschärft Schiefagen – auch im Gesundheitswesen, in der Versorgung kranker, alte Menschen. Wir benennen die Folgen eines an marktwirtschaftlichen Kriterien ausgerichteten Gesundheitssystems.

Mittwoch, 4. November 2020, 19 Uhr

Ort: Groß-Gerau, Landratsamt, Büchner-Saal, Wilhelm-Seipp-Str.4

Referentin: Dr. Nadja Rakowitz, Politologin, VdÄÄ

Eine Kooperation von DGB Kreisverband GG, DGB Ortsverband Rüsselsheim, Arbeit & Leben Südhesen, Ev. Dekanat GG-Rüsselsheim., KVHS, Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus Kreis Groß-Gerau, Netzwerk Pflege Rüsselsheim und Kath. Betriebsseelsorge Südhesen.

Info: a. Ingrid.reidt@bistum-mainz.de

Verbindliche Anmeldung bis zum 1.11.2020: info@kvhsgg.de o. 06152-1870-0



Das südhessische Bündnis „Gemeinsam gegen Altersarmut von Frauen“ ist ein Zusammenschluss von Akteur*innen aus Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Institutionen und Vereinen sowie Einzelpersonen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, sich gemeinsam gegen die Verarmung von Frauen im Alter auszusprechen. Es benennt strukturelle Ursachen von Armut von Frauen, insbesondere mit Blick auf ihre Einkommens- und Rentensituation und setzt sich für Alternativen für ein würdiges Auskommen von Frauen im Alter ein.

Coronakrise bestätigt südhessisches Bündnis gegen die Altersarmut von Frauen

Die Aktiven des südhessischen Bündnisses gegen die Altersarmut von Frauen saßen am 17.8. erstmals seit März wieder zusammen. Statt die nicht stattgefundenen Aktionen am Equal Pay Day auszuwerten, schilderten die Anwesenden ihre persönlichen „Corona-Erfahrungen“, die sie in ihren Aufgaben als Sozialberaterinnen, Frauenweiterbildnerinnen, Frauen – und Gleichstellungsbeauftragte, Gewerkschafter*innen oder einfach nur als Beschäftigte gemacht haben. Dabei wurde schnell klar: Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und strukturelle Benachteiligung von Frauen - Hauptursachen der Altersarmut von Frauen - entwickelten unter den Bedingungen des Corona-Lockdowns eine besondere Dynamik. Im Folgenden ein paar Schlaglichter.

Wegfall von Beratungsstrukturen

Der Wegfall von Beratungsstrukturen und erschwerter Zugang zu Einrichtungen der sozialen Daseinsfürsorge hat Menschen, die mit telefonischer und digitaler Beratung überfordert sind, bzw. keinen Zugang zu den erforderlichen Medien haben, sich selbst überlassen. Ratsuchende mit Verständigungsproblemen, wie zum Beispiel Geflüchtete oder Menschen

mit wenig Übung im Schriftlichen sind auf eine sogenannte „Face to Face Beratung“ angewiesen, sollen sie nicht auf der Strecke bleiben. Wie notwendig diese Strukturen sind zeigt sich in der Vielfältigkeit des Beratungsbedarfes von Antragshilfen bis zur Weiterbildungsberatung; ein Herunterfahren, wie geschehen ist deshalb zukünftig zu verhindern.

Kurzarbeit und Wegfall der Minijobs

Ein großes Thema: Kurzarbeit und Wegfall der Minijobs hat viele Menschen in finanzielle Notlagen gebracht. Zwar sind nach eigenen Erhebungen Männer und Frauen durch Kurzarbeit zahlenmäßig gleichermaßen betroffen, allerdings dürften Frauen wegen des bestehenden Einkommensunterschieds finanziell stärker belastet sein. Der Wegfall der Minijobs, die ja bei der Kurzarbeitsgeldregelung außen vor bleiben, berührt Frauen besonders. Sie sind in dieser nicht nur vom Bündnis kritisierten Beschäftigungsform überproportional vertreten.

Kurzarbeit und Beschäftigungsverlust auf der einen, Stress und Überbeanspruchung auf der anderen Seite kennzeichnet vor allem die frauentypischen Berufsfelder des Gesundheitswesens und des

Einzelhandels. Die coronabedingte Erkenntnis der Systemrelevanz dieser Berufsfelder erfreut diejenigen, die sich seit mehr als 30 Jahren für eine entsprechende gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung eingesetzt haben. Aber es darf nicht beim Beifallklatschen und dem Verkünden schöner Worte stehen bleiben.

Digital Gaps

Auch die Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung konnten von den Bündnisaktiven mit eigenen Erfahrungen belegt werden. Zusammengefasst unter dem Begriff des Digital Gaps hat sich gerade hier gezeigt, wie traditionelle Strukturen wieder lebendig werden können. Stichworte sind Home-Office und Home-Learning besonders unter den Bedingungen geschlossener Schulen und Kindertagesstätten. Welche Herausforderung dies vor allem für Mütter bedeutete ist bekannt und kann nur bestätigt werden. Weniger bekannt sind vielleicht die heimlichen innerfamiliären Zugangsregeln zu den digitalen Medien, von denen die Weiterbildnerinnen berichten konnten. Erst die Kinder, dann der Vater und abends dann die Mutter, wodurch eigenes Lernen und Arbeiten erschwert wurde. Dies trifft sich mit den Ergebnissen der Befragung des Institutes für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) zur Veränderung des Arbeitsalltags durch Corona. Personen, die Kinder betreuen arbeiten häufiger zu anderen Zeiten und ihre Arbeit wird im Vergleich mit Beschäftigten ohne Betreuungsaufgaben als weniger effizient angesehen.

Die flächendeckende Ausstattung von Schülerinnen und Schülern mit digitalen Leih-Geräten ist dringend geboten, gleiches gilt für die Teilnehmerinnen an beschäftigungsfördernden Maßnahmen für Frauen und Mädchen. Auch sollte die Anschaffung eines Computers zur Grundsicherung gehören.

Wie geht es nun weiter? Zunächst möchten die Bündnisaktiven ihre persönlichen Erfahrungen mit Fakten und Zahlen unterlegen und der Öffentlichkeit präsentieren. Wer hierzu etwas beitragen möchte ist herzlich eingeladen, seine Informationen an Karin.Harder@verdi.de zu senden oder am nächsten Treffen des Bündnisses am 16.11.20 um 17.00 Uhr im Gewerkschaftshaus in Darmstadt teilzunehmen.

Elke Möller

Homeoffice ja - wenn die Voraussetzungen stimmen

Wie steht der DGB zu Homeoffice? Man muss schon genauer hinschauen, um bei der neuen Diskussion, die durch die Corona-Pandemie plötzlich forciert wird, durchzublicken. Eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zeigt es. Kinderbetreuung, Krankenpflege oder ein Ehrenamt: Homeoffice bietet Vorteile, schaffe Freiräume und könne so den Beschäftigten helfen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Doch die Arbeit von Zuhause hat auch Nachteile und kann zusätzlichen Druck erzeugen.

Die bisherige Forschung zeigt, dass Beschäftigte, die im Homeoffice arbeiten, einsatzbereiter und zufriedener mit ihrem Job sind. Damit mobiles Arbeiten tatsächlich ein Gewinn für die Beschäftigten ist, müssen von Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Arbeitgebern geeignete Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Vor allem ist die Freiwilligkeit wichtig!

Zu den Rahmenbedingungen gehören unter anderem, wie stark ausgeprägt die Präsenzkultur im Unternehmen ist: Werden Beschäftigte, die zu Hause arbeiten, als gleichwertig akzeptiert - oder als

„Minderleister“ stigmatisiert? Wird ihre Leistung fair beurteilt - oder müssen sie negative Bewertungen fürchten? Gibt es klare Regelungen, auch zur Arbeitszeit - oder verschwimmen die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit? Von diesen Faktoren hängt ab, ob das Homeoffice für Beschäftigte eine echte Erleichterung oder ein zusätzlicher Stressfaktor ist



Mobiles Arbeiten muss gestaltet werden. Es sollte kein Gegenmodell zum herkömmlichen betrieblichen Arbeitsplatz sein sondern als flexible Ergänzung gesehen werden, damit der direkte Kontakt und der Austausch unter den Kolleginnen und Kollegen nicht leiden. Zudem muss es ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit außerhalb der vereinbarten Arbeitszeiten geben, die Arbeitszeit muss erfasst und in vollem Umfang vergütet werden. Und natürlich muss der Arbeitgeber auch den Arbeits- und Gesundheitsschutz im Homeoffice gewährleisten.

Bernd Schiffler,

Vorsitzender DGB KV Groß-Gerau



Mitbestimmung verteidigen

Die Corona-Pandemie gilt immer wieder auch als „Stunde der Exekutive“. Das erfahren die Parlamente genauso wie die Gewerkschaften und die Personalräte. Dass in vielen Fällen, gerade in den ersten Wochen, schnelle Entscheidungen der Regierung und der Verwaltung erforderlich waren, wird niemand bestreiten. Aber auch im Bereich der Schulen mussten wir erleben, dass das Kultusministerium und die Schulbehörden auch dann im „Corona-Modus“ verharren, als wieder Zeit für Beratungen gewesen wäre. Dabei könnte man viele Beispiele nennen, wo Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen vermeidbar gewesen wären, wenn man alle Betroffenen – und dazu gehören vor allem die Personalräte und Gewerkschaften – an einen Tisch geholt hätte. Aber während in den Schulen schon längst die Abstandsregeln aufgehoben waren, gilt für das Kultusministerium und für das Schulamt noch immer ein Betretungsverbot und eine Begrenzung der Zahl der Personalratsmitglieder, die an den Beratungen teilnehmen dürfen.

Personalräte an Schulen, im Schulamt und auf der Landesebene werden weiterhin regelmäßig vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Rechte nach dem Hessischen Per-

sonalvertretungsgesetz sind dabei genauso bedroht wie Bestimmungen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Besonders bitter wird es aber, wenn die Corona-Pandemie gezielt missbraucht wird, um Mitbestimmungsrechte auszuhebeln. So musste der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer wiederholt erleben, dass das Kultusministerium Maßnahmen nach § 73 HPVG in Kraft setzte, da sie „der Natur der Sache nach keinen Aufschub“ duldeten, ohne das Mitbestimmungsverfahren abzuwarten. Dazu gehörte beispielsweise der Erlass über die dienstlichen Email-Adressen für Lehrkräfte, der bekanntlich seit Jahren in der Diskussion ist und mit Corona überhaupt nichts zu tun hat.

Mitbestimmung auch in schwierigen Zeiten: Dafür brauchen wir auch zukünftig starke Interessenvertretungen. Deshalb unterstützt die GEW alle Kolleginnen und Kollegen, die Personalräte und die Konferenzen nachdrücklich bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Rechte auch in Zeiten der Pandemie.



Harald Freiling,
GEW-Kreisverband Groß-Gerau

Politik hört auf die Jugend

In der Mai-Zeitung 2019 haben wir darüber informiert, dass wir als ver.di Jugend der Stadt Rüsselsheim durch verschiedene Aktionen Druck auf unseren Arbeitgeber aufgebaut haben und deswegen einige neue Ausbildungs- und Praktikant*innenstellen geschaffen worden sind. Die Stadt Rüsselsheim bildet also mittlerweile viele Fachkräfte aus. Nur leider verpasst sie zu oft, die jungen und gutausgebildeten Menschen an die Stadt zu binden. Seit Jahren fordern wir eine generelle Übernahmeregelung für alle Menschen in Ausbildung. Mitte 2018 haben wir auf den akuten Fachkräftemangel im sozialen Bereich reagiert und explizit eine Übernahmegarantie für die Sozialarbeiter*innen im Anerkennungsjahr gefordert.

Nach 2 Jahren Kampf und Diskussionen können wir wieder sagen: Die Politik hört auf die Jugend! Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim hat eine Übernahmeregelung für die Sozialarbeiter*innen im Anerkennungsjahr beschlossen! In diesem Jahr hat sich gezeigt, dass die Entscheidung des Magistrats absolut richtig war. In der Pandemie wurde den Sozialarbeiter*innen eine Systemrelevanz zugesprochen. Soziale Arbeit ist aktuell wichtiger denn je. Aber der gesamte Öffentliche Dienst hat in diesem Jahr bewiesen, dass er unverzichtbar ist. Um die Arbeit und somit die Daseinsvorsorge zu sichern, braucht es Nachwuchs. Deswegen fordern wir die Verantwortlichen in der Stadt Rüsselsheim auf, die Übernahme für alle in Ausbildung zu garantieren!

Liebe Politiker*innen der Stadt Rüsselsheim, hört auch hier auf uns!
ver.di Jugend der Stadt Rüsselsheim

Kinder im Stresstest



BÜNDNIS KINDER GRUNDSICHERUNG

Corona verändert den Alltag armer Kinder massiv. Sie sind im Stresstest und baden aus, was an Spannungen in der Gesellschaft da ist. Wir sprechen hier von ca. 2,8 Millionen Kindern und Jugendlichen in Deutschland, die in Armut leben oder davon betroffen sind. Sie haben ohnehin schlechte Bildungschancen, aber die Situation in 2020 hat das sehr verschärft. Homeschooling ist für viele nicht ausreichend realisierbar. Das hat eine Studie der Bertelsmannstiftung belegt.

Das fängt an in den beengten Lebensverhältnissen in zu kleinen Wohnungen, die es nicht ermöglichen einen angemessenen Platz zum Arbeiten zu schaffen. Hier baden die Kinder aus, dass jahrelang versäumt wurde, bezahlbaren Wohnraum in der benötigten Größenordnung zu schaffen.

Auch der Zugang zu einem eigenen oder wenigstens geeigneten Computer mit Internet ist für jedes vierte

Schulkind nicht gewährleistet. Das Verteilen von Tablets hilft, aber ist in prekären Lebenssituationen allein bei weitem noch nicht problemlösend. So ist Unterricht ohne den Ort Schule für diese Kinder kaum möglich, sollte es wieder zu Schulschließungen kommen, werden die Kinder wieder vom Bildungsprozess praktisch ausgeschlossen.

Den Druck erfahren die Kinder auch über die wirtschaftliche Situation der Eltern. Es ist zu erwarten, dass viele von Armut bedrohte Familien im Zuge der ausgelösten Rezession in Armut rutschen. Besonders Alleinerziehende und kinderreiche Familien trifft es hart. Fast 20 % der Familien mit drei oder mehr Kindern beziehen jetzt schon Sozialleistungen. Die Armutsgefahr steigt mit der Zahl der Kinder. Das belastet die Kinder psychisch sehr. Das geht weit über die Frage des Taschengeldes hinaus. Klassenfahrten, Schüleraustausche oder Einladungen nach

Hause werden zum Stresstest. Und es droht immer wieder zu einer armutsbedingten Isolation und Nicht-Teilhabe an der Gesellschaft zu kommen.

Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut

Mit dem „Starke-Familien-Gesetz“ beabsichtigte Familienministerin Franziska Giffey Bildungsangebote auszubauen und Teilhabechancen zu erhöhen. Das ist noch unzureichend und eine Kindergrundsicherung mit einem Teilhabegeld wäre sicher effektiver als die Berücksichtigung im Hartz-IV-System. Kinder brauchen selbst einen Anspruch auf finanzielle staatliche Unterstützung. Die Vermeidung von Kinderarmut muss gerade angesichts der enormen Belastung durch die Coronafolgen für arme Familien eine hohe Priorität bekommen. Es geht um eine auskömmliche Geldleistung für jedes Kind und ein starkes öffentliches Angebot, das Bildung und Teilhabe ermöglicht.

Stefan Klaffehn
Ev. Dekanat Groß-Gerau-Rüsselsheim
Gesellschaftliche Verantwortung

Streit um die „Wiss“, die Mainaue in Rüsselsheim

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim möchte ein weiteres Mal auf der Mainaue ein Techno-Tanzfestival genehmigen. Werbetechnisch geschickt verpackt als „LOVE FAMILY PARK“ tanzten dort zwei Sommer jeweils ein paar Tage lang 20.000 Menschen vor mehreren großen Bühnen. Eine tolle Sache für die Stadt, die aber auch woanders hätte stattfinden können, eine schlimme Sache für den Tanzboden. Der ist nämlich eine durch Landschaftsschutzverordnung (LSVO) seit 1987 geschützte Mainaue im Gürtel des Landschaftsschutzgebietes Hessische Mainauen. Es reicht von Hanau bis zur Mainspitze.

Mit anderem Namen war das Techno-Tanzfestival in Hanau am 13.2.2015 vom Umweltministerium untersagt worden, da eine Geneh-

migung den Schutzzwecken der Landschaftsschutzverordnung nicht entspräche. Sie fordert die „Erhaltung der durch Grünland geprägten Auensysteme und die Erhaltung der durch die unterschiedlichen Durchfeuchtungsstufen bestimmten Wiesentypen“. Ihr Paragraph 3 (1) regelt, unter welchen Bedingungen „transportable Anlagen einschließlich fahrbarer Verkaufsstände, ... Verunreinigung des Geländes; ... Lärmen...“ zulässig sind.

Die Fachbehörde Naturschutz beim Magistrat der Stadt als Unterer Naturschutzbehörde (UNB) verwies auf das Verbot 2015 und stellte nach dem Sommerfestival 2018 massive Schäden fest: 35% offene Grasfläche im Westteil, sowie Verwandlung der Wiese in Teilbereichen in Trittrasen.



Es wurde auf die Gefahr nachhaltiger Zerstörung des Bodens bei feuchten Wetterverhältnissen hingewiesen und ein weiteres Festival abgelehnt. Die ONB beim RP Darmstadt erklärte die Genehmigungen der letzten beiden Jahre als „juristisch nicht nachvollziehbar“. Befürworter dieses Festortes degradieren die Fläche von einem geschützten Landschaftsteil und „Biotop frische Glatthaferwiese“ „zur Wiss“ herunter und zur „Hundekackfläche“.

Der BUND verlieh dem Magistrat der Stadt Rüsselsheim für die ökologisch nicht nachvollziehbare Genehmigung des „LOVE FAMILY PARK“ am vierten September seinen diesjährigen Umwelthammer.

Herbert Debus
BUND Kreisgeschäftsführer im Landkreis GG



Foto: Herbert Debus

Landschaftsschutzgebiet Hessische Mainauen bei Rüsselsheim

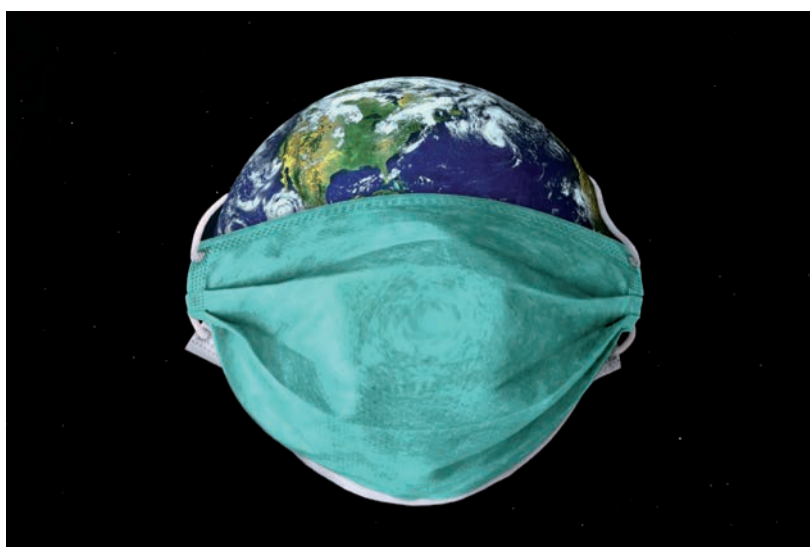
VORTRAGS- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Extreme Rechte in Hessen – die AFD und ihr Umfeld

Referent: Sascha Schmidt, Politikwissenschaftler, DGB Wiesbaden

Dienstag, 29. September 2020, 19 Uhr

Ort: Rüsselsheim, Haus der Kirche Katharina von Bora, Marktplatz 7



Vor Corona sind doch alle gleich?



Dass Alte und Vorerkrankte durch das Corona-Virus stärker gefährdet sind als Junge und Gesunde ist Biochemie. Dass aber Arme signifikant gefährdeter sind als Reiche wird durch gesellschaftliche Strukturen und eine auf deren Festigung gerichtete Politik bewirkt.

Ein Blick auf die Geschehnisse in Lateinamerika zeigt dies besonders deutlich. Dort traf das Virus in den meisten Staaten auf durch neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitiken gesplante Gesellschaften mit schlechten Arbeits-, Umwelt- und Wohnbedingungen und geschwächten Gesundheitssystemen. In der Folge sind nach Prognosen des Welternährungsprogramms der UN in diesem Jahr 14 Millionen Hungernde zu befürchten. Betrachten wir beispielhaft drei Länder mit unterschiedlichen Vorgehensweisen.

Kolumbien

In Kolumbien gab es strikte Maßnahmen mit monatelangen Ausgehverboten und Maskenzwang. Dies führte zunächst auch zu niedrigen Infektionsraten. Doch angesichts von meist prekären und informellen Arbeitsplätzen zog der Lockdown verheerende soziale Folgen bis zu drohendem Hungertod nach sich. Inzwischen hat sich das Virus rasant in den Elendsvierteln, Flüchtlingslagern, Gefängnissen und bei den Obdachlosen verbreitet.

Brasilien

In Brasilien leugnete Präsident Bolsonaro zunächst die Risiken, sodass erst spät und meist durch Gouverneure von Bundesstaaten Schutzmaßnahmen ergriffen wurden. In

der Zwischenzeit fraß sich Corona von Flugreisenden in den Reichtümern ausgehend in die dicht bewohnten und medizinisch unterversorgten Armenviertel. Aktuell hat Brasilien (Stand 2. September) bei den Kennzahlen (festgestellte) Infizierte und Tote pro 100.000 Einwohner knapp vor den USA auf dem amerikanischen Kontinent eine „Spitzenposition“ übernommen.

Kuba

Die schwierigsten „Randbedingungen“ dürfte durch die politischen Sanktionen und Wirtschaftsblokaden des mächtigen Nachbarn USA, die auch Lebensmittel und Medikamente betreffen, die Republik Kuba haben. Dass es durch frühzeitige Schutzmaßnahmen, eine für ein 3. Welt-Land vorbildhafte ärztliche Versorgung, kommunale Hilfsmaßnahmen und von der Regierung veranlasste Unterstützungen bisher gelang, die relativen Todeszahlen bei zwei bis drei Prozent derjenigen Brasiliens und Kolumbiens zu halten, ist beachtlich. Am Beispiel des Umgangs mit der Corona-Epidemie zeigt sich die Richtigkeit der von der attac-Mitgliedorganisation medico international für die globale Gesundheit vertretenen Konzepte:

wichtig sind präventive und kurative, disziplinenübergreifende Ansätze

lokales bis globales Handeln müssen Hand in Hand gehen

Gesundheit ist als öffentliches universelles Gut zu betrachten, dass nicht dem Profitstreben ausgeliefert werden darf.

Heinz-Jürgen Krug

Coronazahlen (von covid19.who.int , 2.9.2020)

	Infizierte/100Tsd EW	Tote/100Tsd EW
Brasilien	1852	57,5
Kolumbien	1239	39,7
Kuba	35	0,8
USA	1814	55,5
China	6	0,3
Deutschland	292	11,1
Schweden	827	57,0

Ansprechpartner*innen im „Aktionsbündnis gegen Sozialabbau“:

Michaela Stasche, 06142/832333
Bernd Heyl, 06152/1877471
Hans-Peter Greiner, 06142 / 46798
Ingrid Reidt, 06142/46104

Postanschrift:

Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit, Weisenauer Straße 31, 65428 Rüsselsheim
Gezeichnete Artikel geben die Position der Organisation oder der Person wieder.

Druck: Dorndruck Raunheim, dorndruck.de